



Brüssel, den 18. Oktober 2018
(OR. en)

**Interinstitutionelles Dossier:
2013/0256(COD)**

13059/18
ADD 1

CODEC 1650
EUROJUST 134
EPPO 29
CATS 73
COPEN 342
CSC 291

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Betr.: Entwurf einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates
betreffend die Agentur der Europäischen Union für justizielle
Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) und zur Ersetzung und
Aufhebung des Beschlusses 2002/187/JI des Rates (**erste Lesung**)
– Annahme des Gesetzgebungsakts
– Erklärung

Erklärung der Kommission

Die Kommission bedauert, dass die beiden gesetzgebenden Organe beschlossen haben, in mehreren Punkten von dem in der Gemeinsamen Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates der EU und der Europäischen Kommission zu den dezentralen Agenturen vom 19. Juli 2012 vereinbarten Ansatz abzuweichen, ohne dies hinreichend zu begründen. Dies betrifft insbesondere die Zahl der Vertreter der Kommission im Kollegium/Verwaltungsrat und das Verfahren zur Ernennung und Entlassung des Verwaltungsdirektors von Eurojust. Die Kommission wird die Auswirkungen dieser Abweichungen auf die Arbeit der Agentur bei entsprechender Gelegenheit bewerten. Die Abweichungen sollten nicht als Vorlage für andere Agenturen angesehen werden.